

3/2012

# ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer  
Städtebund



**Direkte Demokratie**  
Leistungen und Grenzen

**Thema Social Media**  
Mitsprache rund um die Uhr

**Meine Stadt. Meine Meinung.**  
Internet-Umfrageportal in Innsbruck



**NEUE FORMEN DER DEMOKRATISCHEN MITBESTIMMUNG**

# BürgerInnenbeteiligung 2.0

# InteressenManagement ist gelebte Demokratie

Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik stehen permanent im Spannungsfeld verschiedener, oftmals auch gegensätzlicher und sehr konkreter Interessen. Verwaltung und Politik müssen trotz ihrer hoheitlichen Funktion mit diesen Interessen auf demokratische Art und Weise umgehen.

Ing. Mag. Walter Hauer, Technisches Büro Hauer Umweltwirtschaft GmbH

„Demokratie ist die kommunikative Abwägung von Strategien, künftiges Leben zu gestalten, weshalb demokratische Entscheidungen rein logisch niemals ‚alternativlos‘ sein können“, schreibt der deutsche Sozialpsychologe Harald Welzer. Diese Alternativen gilt es auszuloten und jene auszuwählen, die am ehesten den Interessen der Betroffenen entspricht. Weder das finden geeigneter Alternativen noch die Auswahl der am besten geeigneten Alternative ist einfach und kann auch nicht in „einsamen“ Beschlüssen getroffen werden.

Diese Offenheit, Alternativen zu suchen und auszuwählen schafft den Raum für Freiheit. Freiheit für alle Betroffenen einer Maßnahme, ihre Interessen bestmöglich berücksichtigt zu finden. Gesamthaft gesehen ist jener Alternative der Vorzug zu geben, in der die Summe der individuellen Freiheiten, der Berücksichtigung der individuellen Wünsche, am größten ist. Mit einem Anliegen an MitbürgerInnen heranzutreten, sollte grundsätzlich mit der Definition einer Aufgabe geschehen, nicht mit einer Lösung.

Das bearbeiten, diskutieren von verschiedenen Interessen ist ein mühsamer Prozess, aber mit Vorteilen. Der wesentliche Vorteil ist die Akzeptanz, die sich aus der Berücksichtigung individueller Wünsche und mit der Beteiligung am Finden einer Lösung auch als Berücksichtigung individueller Freiheiten darstellen lässt. Dieses Herantreten an MitbürgerInnen mit einer Aufgabe bzw. einem Ziel anstatt einer fertigen Lösung, ist eine Aufforderung an jeden/jede Bürger/-in, etwas zu verändern. Bekannte Beispiele, bei denen mit einer Lösung anstatt mit einer Aufgabe begonnen wurde, sind das – gescheiterte – Asyl-Erstaufnahmezentrum im Burgenland so-

wie der Hauptbahnhof in Stuttgart. Bei beiden Projekten ist die Diskussion unterblieben, welche Aufgabe zu lösen ist und welche Alternativen zur Bewältigung der Aufgaben möglich wären.

## Mut ist notwendig

<b>Es gilt, die Kausalitätskette ...</b>
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Interessen</li> <li>2. Mitteilung derselben an unbeteiligte Dritte, z. B. Behörde</li> <li>3. Fremdbestimmung, passives Warten was passiert</li> <li>4. externe Vorgaben / Auflagen / Einschränkungen</li> <li>5. enger Raum</li> <li>6. kaum Bewegung, ja Stillstand</li> </ol>
<b>... zu ersetzen durch ...</b>
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Interessen</li> <li>2. InteressenManagement Unsicherheit / Wagnis</li> <li>3. Mut, aktives Agieren Aufwand / Arbeit</li> <li>4. Freiheiten zur Gestaltung</li> <li>5. weiter Raum</li> <li>6. Bewegung</li> </ol>

InteressenManagement aktiv zu beginnen, braucht Mut. Mut, in unbekanntes Terrain vorzudringen, somit ein Wagnis einzugehen. Ein Wagnis, da zwar die eigenen Interessen bekannt sind, nicht jedoch die der PartnerInnen. Welche Interessen aufeinander prallen, ist nicht vorhersehbar, auch nicht, ob es eine Einigung geben kann oder wie sie aussehen kann oder wird. InteressenManagement angewandt, z.B. im Vorfeld eines Behördenverfahrens, gibt jedoch allen Beteiligten viel mehr Freiheiten, als dies im engen Korsett eines formalen Verfahrens unter fremder Leitung – der Behörde – möglich wäre. Damit ermöglicht InteressenManagement ein Maximum an Freiheiten und Beweglichkeit, womit schluss-

endlich viel bewegt werden kann – viel mehr als dies unter Fremdbestimmung möglich wäre.

## Kommunalpolitik legitimiert sich durch InteressenManagement

Während auf der Ebene des Staates (oder auch der Europäischen Union) komplexe Aufgaben zu bewältigen sind, die nur für wenige BürgerInnen durchschaubar sein können, sind die lokalen und regionalen Aufgaben, Interessen und Auswirkungen für den Einzelnen zu überblicken und einschätzbar – es besteht persönliche Betroffenheit. Daraus ergibt sich eine andere Anforderung an Politik. Während auf der komplexen (über)staatlichen Ebene die repräsentative Demokratie – das Führen durch legitimierte VertreterInnen – erforderlich ist, ist auf der lokalen Ebene eine partizipative Demokratie mit starker Einbindung der Betroffenen – mit einem Management der Interessen – angemessen.

Und genau dieser Unterschied legitimiert kommunale Politik und Verwaltung. Je mehr kommunale Politik eine direkte Beteiligung von BürgerInnen mit professionellem Management der unterschiedlichen Interessen betreibt, desto stärker die Legitimation kommunaler Politik.

Noch prägnanter: Nur durch die offensive Auseinandersetzung mit individuellen Interessen und dem transparenten Umgang damit, legitimiert sich Lokal- bzw. Regionalpolitik als notwendige Ergänzung zur repräsentativen Führung größerer Einheiten.

InteressenManagement ist gelebte Demokratie. Die Unterstützung durch eine/-n externe/-n – neutrale/-n – Prozessleiter/-in mit Äquidistanz zu allen Beteiligten ist dabei oft extrem hilfreich. ■